



Geschäftsbericht 2017

Landesamt für Bürger- und
Ordnungsangelegenheiten (LABO)

Begriffserläuterung und Verzeichnis der Abkürzungen

28. VO-PrVG	Achtundzwanzigste Verordnung über die Neufestsetzung der Leistungen nach Teil II des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus
2. PStRÄndG	Zweites Personenstandsrechts-Änderungsgesetz
AMS	Anliegenmanagementsystem
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BBVAnpG	Bundesbesoldungsgesetz und Bundesversorgungsanpassungsgesetz
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
BIS	Business Immigration Service
IHK Berlin	Industrie- und Handelskammer zu Berlin
i-Kfz	Internetbasierte Kfz-Zulassung
ITDZ Berlin	IT-Dienstleistungszentrum Berlin
Kfz	Kraftfahrzeug
LABO	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
LAF	Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
MDE 3.0	Mobile Datenerfassung
NOWI	IT-Verwaltungssystem für die nichtverkehrsrechtlichen Ordnungswidrigkeiten
ODiS I	Fachverfahren für Personenstandsregister des Standesamtes I, der Eigename leitet sich her aus „Online-Datenbank im Standesamt I“
ON2	OfficeNet2 - Wissensmanagementsystem, Plattform für das Intranet-Portal
PAM	Parkraummanagement
ProZWneu	Fachverfahren für das Kfz-Zulassungswesen
PrVG	Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
SteuerID	Steueridentifikationsnummer
VAK Berlin	Verwaltungsakademie Berlin
Verkehrs-OWi	Verkehrsordnungswidrigkeit
VOIS	Fachverfahren für das Einwohnerwesen, der Eigename leitet sich her aus „Verwalten - Organisieren - Integrieren - Systematisieren“
ZWExpert	Fachverfahren für das Kfz-Zulassungswesen
ZWWeb	Von den Bürgerämtern genutztes Fachverfahren für das Kfz-Zulassungswesen

Inhaltsverzeichnis

Vorworte.04
Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten im Überblick . .	.06
Aktuelles aus dem Geschäftsjahr07
Abteilung I – Entschädigungsbehörde.08
Abteilung II – Personenstands- und Einwohnerwesen10
Abteilung III – Kraftfahrzeugwesen14
Abteilung IV – Ausländerbehörde18
LABOweite Themen und Abteilung V – Zentrale Aufgaben – Koordination und Service22
Die Zahlen.25
Impressum36

Vorwort des Senators für Inneres und Sport



Andreas Geisel
Senator für Inneres und Sport
in Berlin

Berlin wächst weiterhin rasant. Das ist eine gute Nachricht. Das heißt aber auch, dass der Arbeitsaufwand des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) als eine der größten Dienstleistungsbehörden des Landes ebenfalls ansteigt. Gut 950.000 Kundinnen und Kunden wurden im Jahr 2017 bedient. Aller Voraussicht nach wird im Jahr 2018 erstmals die Millionengrenze überschritten.

Fachlich möchte ich die erfolgreiche Vorbereitung der Bundestagswahlen 2017 herausheben. Entsprechend des Berichts der Staatssekretärin für Informations- und Kommunikationstechnologie, Frau Smentek, an den Senat hat die Abteilung II des LABO, Personenstands- und Einwohnerwesen, ihre Aufgaben vorbildlich bewältigt. Dieses Lob kann ich nur bestätigen und danke allen Beteiligten.

Die Abteilung III, Kraftfahrzeugwesen, stand im Jahr 2017 im besonderen Fokus der Öffentlichkeit. So betrug die Wartezeit auf einen Termin im Jahr 2017 bis zu drei Wochen. Diese Situation war weder für die Beschäftigten noch für die Kundinnen und Kunden zufriedenstellend. Mit viel Einsatz und Engagement der Beschäftigten und mit Unterstützung der Beschäftigtenvertretungen konnten die Wartezeiten zum Ende des Jahres 2017 auf ein normales Maß zurückgeführt werden. Leider ist es im Frühjahr 2018 erneut zu einem Anstieg der Wartezeiten gekommen. Dieser Situation wirken aktuell alle Beteiligten gemeinsam intensiv durch ein Bündel verschiedener Maßnahmen entgegen.

Die Abteilung IV, Ausländerbehörde, hat auch im Jahr 2017 mit außerordentlichem Einsatz bei begrenzter personeller Kapazität in einer großartigen Teamleistung die Herausforderungen bewältigt.

In den kommenden Jahren gilt es die Themen Digitalisierung und E-Government, sowie die Optimierung der Geschäftsprozesse sukzessive voranzutreiben und die hieraus erwachsenden Chancen der Arbeitserleichterung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu nutzen.

Sehr erfreulich ist die Frauenförderung im LABO, die in den letzten Jahren deutliche Fortschritte gemacht hat. Von den insgesamt 1.073 Beschäftigten im LABO sind 782 Frauen, was einem Anteil von 73 % entspricht. Auch die Führungspositionen im LABO sind inzwischen mehrheitlich mit Frauen besetzt.

Das LABO hat sich auch im Geschäftsjahr 2017 als zuverlässiger und moderner Serviceanbieter präsentiert, sich dabei vielen Herausforderungen höchst professionell gestellt und viele Aufgaben zur Zufriedenheit der Berlinerinnen und Berliner erledigt. Vielen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die gute Arbeit, die sie tagtäglich für die Berliner Bevölkerung leisten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Andreas Geisel". The signature is fluid and cursive.

Andreas Geisel

Vorwort des Direktors des LABO

Sehr geehrte Damen und Herren,

2017 war für das LABO wieder ein bewegtes Jahr mit vielen Veränderungen. In unserem Geschäftsbericht sind diese Entwicklungen durch die Grundzahlen und Darstellung der Zielerreichung aufbereitet. Das LABO ist für das Funktionalisieren der Stadt Berlin von elementarer Bedeutung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben hervorragende, überdurchschnittliche Arbeit geleistet.

Die Abteilung I, Entschädigungsbehörde, hat es geschafft, das Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus (PrV) und das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) erfolgreich umzusetzen und auch die Umverteilung des Personals auf die anderen Abteilungen gelingt vorbildlich.

Vorbildlich war auch die Arbeit der Abteilung II, Personstands- und Einwohnerwesen. Hier wurden viele neue Projekte wie z. B. VOIS und PAM erfolgreich eingeführt.

Im Frühjahr 2017 ist die Kfz-Zulassungsbehörde in eine extreme Schieflage geraten. Die Bearbeitungs- und Wartezeiten waren auf einem inakzeptablen Stand von bis zu drei Wochen.

Vor allem aufgrund der von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport unterstützten konsequenten Einstellung von mehr als 20 Beschäftigten mit Zeitvertrag im Vorgriff auf den Stellenzuwachs sowie der Nutzung von Teilzeitresten und innerorganisatorischer Maßnahmen konnte die Situation zum Jahresende deutlich entschärft werden. Die Vorbereitungen zur Einführung des neuen Fachverfahrens im Zulassungswesen verliefen gut und die Umstellung konnte Anfang März 2018 durchgeführt werden.

Bei der Abteilung IV, Ausländerbehörde, nehmen die Einreiseverfahren und vor allem die Anträge auf Familiennachzug weiter stetig zu; die Gesamtbelastung steigt kontinuierlich an. Es gibt aber auch positive Nachrichten: Im Sommer 2017 wurde das neue Dienstgebäude Haus D am Friedrich-Krause-Ufer festlich eingeweiht, was etwas zur Entspannung der Wartesituation und der Raumnot beiträgt.

Leider ist es für die Abteilung V weiterhin eine große Herausforderung, die Stellen des LABO zu besetzen. Das LABO ist als nachgeordnete Behörde aufgrund seiner Stellenstruktur im Wettbewerb um Bewerberinnen und Bewerber gegenüber den größten Konkurrenten wie den Senatsverwaltungen und dem Bund kaum wettbewerbsfähig, da wir nicht über so viele höherwertige Stellen verfügen. Die daraus resultierende unverändert hohe Fluktuation erhöht neben dem demographischen Wandel und der wachsenden Stadt direkt den Arbeitsaufwand der Abteilung V durch die vielen

anfallenden Auswahlverfahren. Gleichwohl hat die Abteilung V mit viel Energie und Aufwand im Jahr 2017 in enger Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen 155 freie Stellen besetzen können. Zudem wurden viele Projekte erfolgreich angestoßen, die bald in den Echtbetrieb überführt werden können, wie z. B. das Beschäftigtenportal oder das E-Recruiting-Verfahren.

Ein Thema, das 2017 leider immer mehr in den Fokus gerückt ist, ist die Sicherheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Wie keine Behörde sonst im Land Berlin ist das LABO eine Publikumsbehörde. Die Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden daher in diesem Jahr vermehrt ausgebaut.

Ich sehe in allen Abteilungen viele kompetente, engagierte Kolleginnen und Kollegen, die mit großem Einsatz gute Arbeit leisten. Sogar die Bereitschaft, an einem Samstag Dienst zu leisten, ist 2017 in mehreren Abteilungen vorhanden gewesen. Die Arbeit an der Belastungsgrenze kann aber kein Dauerzustand sein, denn auch 2018 stehen wir wieder vor vielen Herausforderungen. Ziel bleibt es daher insbesondere, die Digitalisierungsprozesse weiter voranzutreiben, um eine Entlastung herbeizuführen.

Alle Beschäftigten des LABO können auf das Jahr 2017 stolz sein: Wir haben viele gute Prozesse angestoßen und uns stetig verbessert. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam die kommenden Herausforderungen ebenfalls bewerkstelligen werden.

Ich bedanke mich bei allen Beschäftigten für ihr herausragendes Engagement!

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Erik Nils Voigt



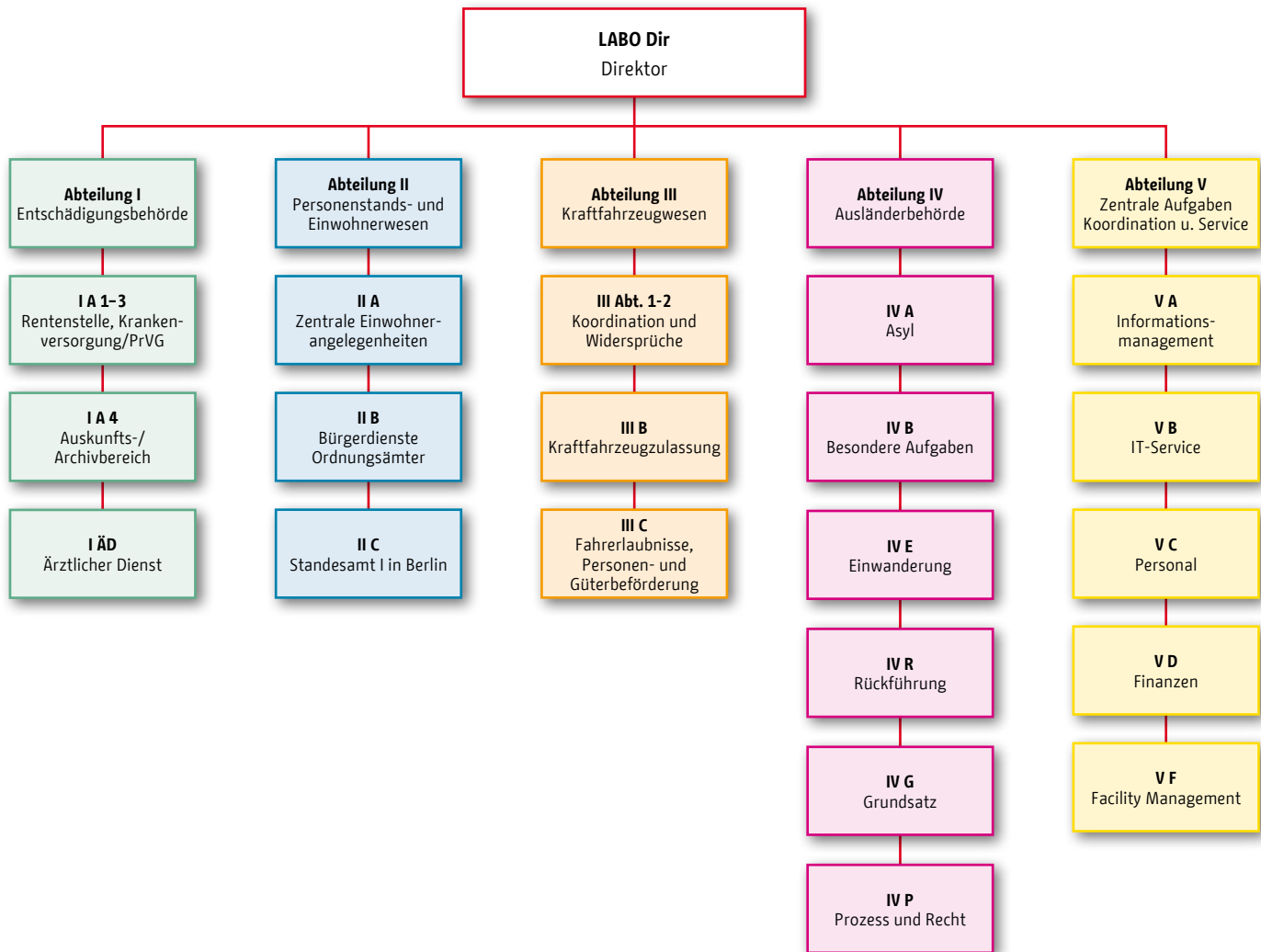
Dr. Erik Nils Voigt

Direktor des Landesamts
für Bürger- und Ordnungs-
angelegenheiten

Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) im Überblick

Das LABO ist eine nachgeordnete Behörde der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Es ist für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden auf den Gebieten Entschädi-

gung von NS-Unrecht, Personenstands- und Einwohnerwesen, Kraftfahrzeugwesen und Ausländerwesen tätig.



Kontakt

Dr. Erik Nils Voigt	Direktor	90269 1201	Direktor@labo.berlin.de
Bernd Lehmann	Leiter Abt. I	90269 5101	Bernd.Lehmann@labo.berlin.de
Claudia Schütz	Leiterin Abt. II	90269 2222	Claudia.Schuetz@labo.berlin.de
Ulrike Frey	Leiterin Abt. III	90269 2301	Ulrike.Frey@labo.berlin.de
Engelhard Mazanke	Leiter Abt. IV	90269 4003	Mazanke@labo.berlin.de
Nadja Gedlich	Leiterin Abt. V	90269 1210	Nadja.Gedlich@labo.berlin.de

Aktuelles aus dem Geschäftsjahr





■ Abteilung I

Entschädigungsbehörde

Erhöhung der Renten

Zum 01. Oktober 2017 wurden die Grund-, Ausgleichs- und Hinterbliebenenrenten nach dem Berliner Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus (PrVG) rückwirkend zum 01. Juli 2017 um 1,9 % erhöht. Damit sollte ein Ausgleich für die seit der letzten Leistungserhöhung eingetretene und weiterhin zu erwartende Steigerung der Lebenshaltungskosten geschaffen werden. Die Freibeträge für die Anrechnung sonstigen Nettoeinkommens auf die PrV-Renten wurden zum 01. Juli 2017 ebenfalls um 1,9 % angehoben. Einzelheiten und Begründung der Neufestsetzung der PrV-Leistungen sind in der „28. Verordnung über die Neufestsetzung der Leistungen nach Teil II des PrVG (28. VO-PrVG)“ nachzulesen, die die Senatsverwaltung für Inneres und Sport am 14. August 2017 erlassen hat.

Der Entschädigungsbehörde ist es gelungen, die entsprechenden Änderungsbescheide innerhalb des Berichtszeitraumes abschließend zu bearbeiten, sodass die Rentenzahlungen angepasst und die Nachzahlungsbeträge angewiesen werden konnten.

Ausstellung „Polenaktion“

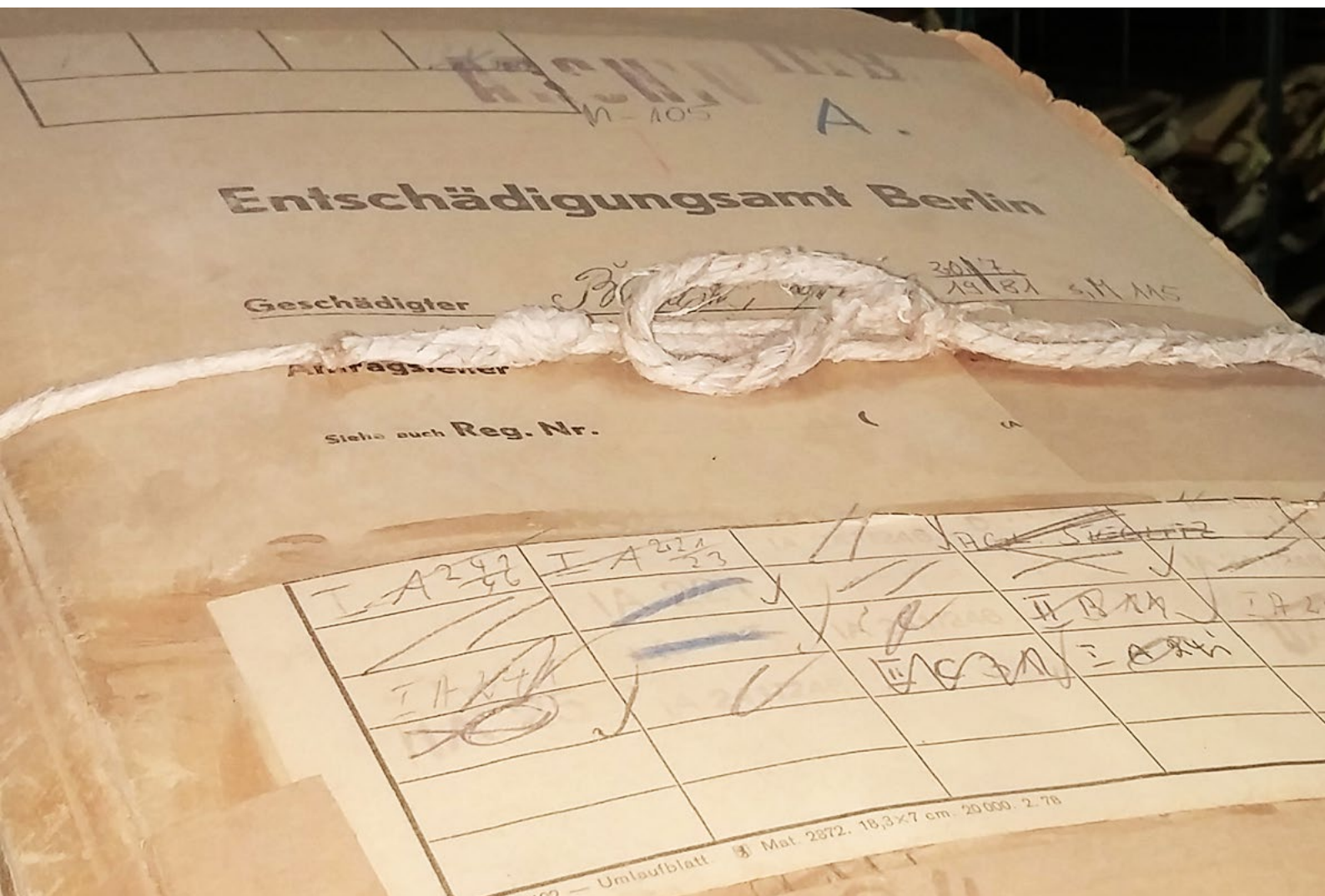
Als Kooperationspartner des Aktiven Museums Berlin und des Centrum Judaicum wird eine Ausstellung über die sogenannte „Polenaktion“ der Nationalsozialisten im Jahre 1938 vorbereitet.

Hierbei wurde in 2017 insbesondere das Archiv der Entschädigungsbehörde mit über 200.000 Einzelvorgängen zur Wiedergutmachung als Grundlage für entsprechende Recherchen genutzt.

Anpassung der Renten nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG)

Im Rahmen der Änderungsverordnung 2016 zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) in Anlehnung an die Erhöhung der Beamtenbezüge nach dem Bundesbesoldungsgesetz und Bundesversorgungsanpassungsgesetz 2016/2017 (BBVAnpG 2016/2017) wurden die entsprechenden Entschädigungsrenten am 01. April 2017 rückwirkend zum 01. September 2016 um 4,6 % erhöht.

Die entsprechenden Änderungsbescheide und die Zahlbarmachung der Renten- und Nachzahlungsbeträge konnten von der Entschädigungsbehörde innerhalb des Jahres ausgeführt bzw. abschließend bearbeitet werden.





Wahlen

■ Abteilung II

Personenstands- und Einwohnerwesen

Bundestagswahlen

Die Vorbereitungen der Bundestagswahlen 2017 waren für den Fachverfahrensbetrieb im Einwohnerwesen die besondere Herausforderung des Jahres 2017. Erschwert wurden die Vorbereitungen durch einen gleichzeitig stattfindenden Volksentscheid zum Thema „Flughafen Tegel“, der ebenfalls vorzubereiten war. Dies war besonders deswegen herausfordernd, weil der Volksentscheid in diesem Fall eine Art parallele Wahl mit eigenen Bedingungen darstellte.

Nach den unerfreulichen Ereignissen anlässlich der Abgeordnetenhauswahl 2016 lag der Fokus aller Beteiligten insbesondere auf dem Fachverfahrensbetrieb zur Vorbereitung der Wahlen im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO).

In der Auswertung der Defizite bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 ist es gelungen, durch strukturelle Optimierungen, stringente Einhaltung der unabdingbaren Betriebsprozesse, konsequentes Handeln, gute Nerven und einen enormen Kraftaufwand die Bundestagswahlen und den gleichzeitig stattfindenden Volksentscheid ohne Beanstandungen vorzubereiten, sodass die Berlinerinnen und Berliner am 24. September 2017 zur Wahl und zur Abstimmung für den

Volksentscheid zu den Urnen gehen konnten. Es wurde mit 165.538 Onlinewahlscheinanträgen ein neuer Rekord verzeichnet. Auch hier haben die Systeme des LABO einwandfrei funktioniert.

Im Nachgang wurde das Vorgehen des LABO als vorbildlich bewertet und die Prozesse und Strukturen zur Nachahmung empfohlen.

Gesetzesänderung im Personenstandswesen

Das zweite Gesetz zur Änderung personenstandsrechtlicher Vorschriften (2. Personenstandsrechts-Änderungsgesetz - 2. PStRÄndG) vom 17. Juli 2017 ist in seinen wesentlichen Teilen zum 01. November 2017 in Kraft getreten.

Wichtigste Änderung für das Referat II C des LABO (Standesamt I in Berlin) ist die Neufassung der Zuständigkeitsregelungen für die Beurkundung von Auslandspersonenstandsfällen und für die Entgegennahme von Namenserkklärungen aufgrund familienrechtlicher Vorschriften.

Bisher war das Standesamt I in Berlin immer dann zuständig, wenn die Betroffenen aktuell keinen Wohnsitz im Inland haben. Seit dem 01. November 2017 ist die Zuständigkeit des Standesamts I in Berlin nur noch gegeben, wenn noch nie-

mals ein inländischer Wohnsitz vorhanden war. Die Neuregelung war erforderlich geworden, weil durch den stetigen Anstieg der Fallzahlen in den letzten Jahren und fehlende personelle Ressourcen eine zeitnahe Beurkundung von Auslandspersonenstands-fällen nicht mehr möglich war.

So ist die Anzahl der Anträge auf Nachbeurkundung von Geburten zwischen 2011 und 2016 um fast 30 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der unerledigten Vorgänge in diesem Bereich fast verfünffacht. Ende Dezember 2017 lagen etwa 25.000 Anträge auf Nachbeurkundung von Geburten vor. Durchschnittlich dauerte es fast drei Jahre von der Antragstellung bis zur Beurkundung einer Geburt, was für die Antragstellerinnen und Antragsteller im Einzelfall eine unzumutbare Härte darstellt.

In den ersten drei Monaten nach Inkrafttreten des neuen Rechts ist ein spürbarer Rückgang der Antragszahlen beim Standesamt I in Berlin festzustellen. Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar, wobei dies aufgrund der geringen Zeitspanne nur eine Tendenz abbilden kann:

Antragsart	Eingänge 11/2016-01/2017	Eingänge 11/2017-01/2018	Rückgang
Nachbeurkundung Geburt	2.389	931	61 %
Namenserklärung Kind	2.000	939	53 %
Nachbeurkundung Ehe	251	47	81 %
Namenserklärung Ehe	1.193	216	82 %
Summe	5.833	2.133	63 %

Der Rückgang bei den Antragszahlen soll dafür genutzt werden, die bisher liegen gebliebenen Fälle zu beurkunden und zu vertretbaren Bearbeitungszeiten zu kommen. Für die Zukunft ist allerdings wieder mit einem Anstieg der Nachbeurkundungsanträge zu rechnen. Zum einen gibt es immer mehr Betroffene, die noch nie einen Wohnsitz in Deutschland hatten. Zum anderen gibt es aufgrund der Regelungen in § 4 Abs. 4 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) eine Antragspflicht für im Ausland geborene Kinder, wenn der deutsche Elternteil nach dem 31. Dezember 1999 im Ausland geboren wurde und dort seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Wird kein Antrag auf Nachbeurkundung der Geburt des Kindes gestellt, erwirbt es nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Dies betrifft in erster Linie natürlich die Auslandsdeutschen, die noch nie einen inländischen Wohnsitz hatten. Da deren Zahl jedoch unbekannt ist, kann das künftige Antragsniveau kaum abgeschätzt werden.

Ferner wurde durch das 2. PStRÄndG den deutschen Auslandsvertretungen der Zugang zur Onlinedatenbank des Standesamts I in Berlin (ODiS I) eröffnet. Nun können die Botschaften und Konsulate selbst ermitteln, ob ein Auslandspersonenstandsfall nachbeurkundet oder eine Namensklärung abgegeben wurde.

Zum 01. November 2018 treten noch zwei weitere Bestandteile des 2. PStRÄndG in Kraft: Personen mit mehreren Vornamen können für die Zukunft eine vom Geburtenregister abweichende Reihenfolge der Vornamen festlegen. Ein Hinzufügen oder Weglassen von Vornamen ist nicht möglich.

Mitteilungen von ausländischen Stellen aufgrund internationaler Übereinkommen für Sterbefälle von deutschen Staatsangehörigen werden künftig zentral vom Standesamt I in

Berlin bearbeitet und anderen inländischen Stellen mitgeteilt. Bisher oblag diese Mitteilungspflicht dem Geburts- oder Eheschließungsstandesamt.

Anliegenmanagementsystem (Ordnungsamt-Online)

Die Einführung des IT-Fachverfahrens Ordnungsamt-Online hat sich bewährt. Dies belegen sowohl die gestiegenen Fallzahlen (2016: ca. 125.000 Meldungen; 2017: ca. 180.000 Meldungen) als auch die hohe Gebrauchstauglichkeit des Verfahrens für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ordnungsämtern.

Das Ordnungsamt-Online soll künftig verstärkt beworben und die Nutzung für die Bürgerinnen und Bürger noch attraktiver gestaltet werden. Hierzu wird weiterhin eine einheitliche Anwendung (Servicemanagement) des IT-Verfahrens in den Bezirken angestrebt. Planungen gibt es hinsichtlich der Realisierung eines Dashboards und der Einbindung in die Open-Data-Strategie des Landes Berlin.

Als weitere Fachämter werden künftig die bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter das IT-Fachverfahren „Ordnungsamt-Online“ nutzen (Ziel: 2. Quartal 2018). Die hier erforderlichen Änderungen am System wurden gemeinsam mit den Bezirken erarbeitet. Grundsätzlich wird diesbezüglich die Mandantenfähigkeit des Verfahrens flexibel gestaltet und die für die Bearbeitung der Meldungen erforderlichen Prozessschritte in den Straßen- und Grünflächenämtern in das Verfahren implementiert. Auch bei Nichtzuständigkeit der Ordnungsämter wird so künftig eine medienbruchfreie Bearbeitung der Meldungen innerhalb des IT-Fachverfahrens gewährleistet sein. Die Bearbeitung erfolgt dann in ausschließlicher Zuständigkeit der

Fachämter. Hierzu gehören auch die Rückmeldungen an die Bürgerinnen und Bürger sowie die Veröffentlichung der Meldungen und der Sachstände im Webportal. Die Einbindung weiterer bezirklicher Fachämter ist geplant.

MDE 3.0 – Mobile Datenerfassung in den Ordnungsämtern

In Berlin werden von den Mitarbeitenden des Allgemeinen Ordnungsdienstes und der Parkraumüberwachung der bezirklichen Ordnungsämter zur Erfassung von verkehrsrechtlichen Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr derzeit mobile Datenerfassungsgeräte (MDE) der Firma Schweers eingesetzt. Die aktuell im Einsatz befindliche Gerätegeneration vom Typ Ticketman wurde im Jahr 2012 im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung beschafft.

Das LABO wurde im Jahr 2011 von den Bezirken mit der Bereitstellung des IT-Verfahrens MDE und den dazugehörigen Komponenten für die bezirklichen Ordnungsämter sowie mit der Übernahme der Verfahrensverantwortung beauftragt. Die betrieblichen Leistungen hat das LABO seinerseits in einem Dienstleistungsvertrag mit dem ITDZ Berlin abgesichert. Der bestehende Pflege- und Wartungsvertrag (Auslauf der Gewährleistung für die Altgeräte) wurde zum 31. Dezember 2017 gekündigt.

Unter Berücksichtigung der Anforderungen der Bezirke hat das LABO beim ITDZ Berlin eine europaweite Ausschreibung von neuen Endgeräten und neuer Software in Auftrag gegeben. Im Jahr 2017 wurde diese vorbereitet und erfolgreich durchgeführt. Ziel ist u. a. die Ablösung der bestehenden Endgeräte (Hardwaretastatur, integrierter Drucker) durch eine moderne, einheitliche Gerätegeneration und Kommunikationstechnik, über die

auch unterschiedliche Anwendungen (Verkehrs-OWi, AMS, NOWI, Onlinezugriffe) bedarfsgerecht angeboten werden können. Eine Vereinheitlichung der Geräteausstattung in den Ordnungsämtern wird angestrebt.

Die Ablösung der mobilen Datenerfassungsgeräte (MDE) soll im Jahr 2018 erfolgen.



■ Abteilung III

Kraftfahrzeugwesen

Ausschreibung eines neuen Fachverfahrens Zulassungswesen (Projekt ZWneu) – Fortschreibung oder „Was ist im Jahr 2017 passiert?“

Wie in dem vorangegangenen Geschäftsbericht bereits ausgeführt wurde, hatte sich die Abteilung III – Kraftfahrzeugwesen – im Jahr 2015 entschlossen, das IT-Verfahren „ZW-Expert“, welches seit den 90er Jahren durch die Zulassungsbehörde Berlin genutzt wird, zu ersetzen.

Die für die Ausschreibung des neuen Fachverfahrens erforderlichen Vergabeunterlagen wurden im Jahr 2016 in Zusammenarbeit mit dem ITDZ Berlin erarbeitet und am 24. Dezember 2016 wurde die Ausschreibung schließlich veröffentlicht. Nach Auswertung der eingegangenen Angebote konnte am 31. März 2017 der Zuschlag für die neue Software für das Kfz-Zulassungswesen erteilt werden.

Die Zeit ab der Zuschlagserteilung wurde intensiv genutzt, um die Voraussetzungen für

den tatsächlichen Einsatz der neuen Software VIATO® Z bei der Zulassungsbehörde Berlin vorzubereiten. Hierzu zählten u. a.:

- Die Initiierung und Tests von Programm-
anpassungen, die bezogen auf die Ab-
läufe in der größten Zulassungsbehörde
im Bundesgebiet erforderlich sind (sog.
Customizing),
- Anpassung der Arbeitshilfen, die den
Dienstkräften der Zulassungsbehörde
für den täglichen Dienstbetrieb zur Ver-
fügung gestellt werden,
- Implementierung von VIATO® Z in die IT-
Umgebung des ITDZ Berlin,
- umfangreiche Tests zur Migration der
anzubindenden Datenbanken (z. B. ört-
liches Fahrzeugregister, eArchiv),
- die Beteiligung der Beschäftigtenvertre-
tungen.

Von der Ablösung von ZWExpert ist auch die Fachanwendung ZWWeb, die bei den Bürgerämtern für Außerbetriebsetzungen und

Anschriftenänderungen von Fahrzeughalterinnen und -haltern sowie bei den Ordnungsämtern zur Ermittlung von Fahrzeugverantwortlichen eingesetzt wird, betroffen. Zur Aufgabenerledigung werden dort nun neue Module, die die ekom21 entwickelt hat, zur Anwendung kommen. Auch hierfür waren in 2017 u. a. umfangreiche Tests und Abstimmungsgespräche erforderlich, da die Abteilung III die Verfahrensverantwortung bzw. -koordination für die einzusetzenden Module wahrnimmt.

Schließlich wurde im Zuge des Projekts auch die Entscheidung getroffen, dass die für die Verwaltungsvorgänge erforderlichen Unterlagen nicht mehr zentral von einem externen Dienstleister, sondern direkt am Arbeitsplatz von den Dienstkräften digitalisiert werden. Mit dieser Entscheidung waren u. a. die Erstellung umfangreicher Konzepte und die Beschaffung von ca. 140 Arbeitsplatzscannern verbunden.

Zweite Stufe i-Kfz

Im Zuge der vom Ordnungsgeber zum 01. Oktober 2017 eingeführten zweiten Stufe i-Kfz, hat die Zulassungsbehörde Berlin rechtzeitig die technischen Voraussetzungen geschaffen, dass Fahrzeughalterinnen und -halter die Antragstellung zur Wiederezulassung eines Fahrzeugs nunmehr zeitsparend von zu Hause aus erledigen können. Es ist jedoch erforderlich, dass die Wiederezulassung auf dieselbe Halterin bzw. denselben Halter, ohne Wechsel des Zulassungsbezirks und mit dem bei Außerbetriebsetzung reservierten Kennzeichen erfolgt.

Damit sind die beiden ersten Stufen von i-Kfz – die internetbasierte Außerbetriebsetzung und Wiederezulassung – auf dem Portal der Zulassungsbehörde möglich. Voraussetzung hierfür sind die seit dem 01. Januar 2015 bei Zulassung eines Fahrzeuges ausgegebenen neuen Stempelplaketten und Zulassungsbescheinigungen Teil I mit jeweils verdecktem Sicherheitscode. Die Identifizierung des Halters oder der Halterin erfolgt im Internet anhand des Personalausweises mit eingeschalteter Online-Funktion bzw. dem elektronischen Aufenthaltstitel und entsprechendem Lesegerät.

Fahrerlaubnisantrag Online – eine Erfolgsgeschichte

Zu Beginn des Jahres 2017 konnten die Voraussetzungen geschaffen werden, um in den Erprobungsbetrieb des Onlineportals für die Beantragung von Fahrerlaubnissen über die ausbildende Fahrschule einsteigen zu können.

Im Verlauf des Jahres wurden bereits etwas mehr als 100 Berliner Fahrschulen gewonnen, die ihren Kundinnen und Kunden ermöglichen, über das Onlineportal den Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis, den Antrag auf Erweiterung einer bereits bestehenden Fahrerlaubnis oder den Antrag auf die Teilnahme am Modell „Begleitetes Fahren mit 17“ direkt und in digitaler Form aus der Fahrschule an die Fahrerlaubnisbehörde zu übermitteln. Die Vorteile liegen auf der Hand:

Die Fahrerlaubnisbewerberinnen und -bewerber müssen zum Zwecke der Antragstellung keine Behörde aufsuchen, die Suche nach und das Warten auf einen Termin in einem Bürgeramt entfällt. Die Antragsdaten und die gesammelten Antragsunterlagen werden online übertragen und kommen direkt bei der für die Antragsbearbeitung zuständigen Fahrerlaubnisbehörde an.

In der Behörde müssen keine Daten erfasst werden, sie kommen in einem Format an, welches sofort im Fachverfahren verarbeitet werden kann. Das verkürzt die Bearbeitungszeit. Die über das Onlineportal eingehenden Anträge können schneller beschieden werden als die in herkömmlicher Weise (Papierform) eingehenden Anträge aus den Bürgerämtern. Die Wartezeit auf die begehrte Prüfungszulassung verkürzt sich deutlich. Der bisher immer noch existierende Medienbruch vom Papierantrag zum digitalen Datensatz bei der Verarbeitung ist bei Onlineanträgen vollständig aufgehoben.

Durch die im Laufe des Jahres 2017 stetig wachsende Zahl der teilnehmenden Fahrschulen erhöhte sich auch der Anteil der Onlineanträge an allen Anträgen kontinuierlich. Insgesamt hat das Referat III C im Geschäftsjahr 49.757 Anträge der Erteilungsarten Ersterteilung, Erweiterung und „Begleitetes Fahren mit 17“ bearbeitet. Davon erreichten uns bereits 12.478 über das Onlineportal. Das entspricht in den drei Antragsarten einem Anteil von 25 %. Gleichzeitig bedeutet das auch, dass die Bürgerämter der Stadt um 12.478 Terminvorsprachen entlastet wurden – ein positiv zu erwähnender Fakt.

Ein weiterer Ausbau des Anteils der Onlineanträge wird angestrebt. Da ein reges Interesse weiterer Fahrschulen an der Teilnahme am Onlineverfahren besteht, scheint für 2018 eine Steigerung auf 15.000 bis 20.000 Onlineanträge kein unrealistisches Ziel zu sein.





Fahrstühle im Ludwig-Erhard-Haus

■ Abteilung IV

Ausländerbehörde

Anstieg der Vorsprachen

Mit 371.286 Kundenkontakten war bereits für das Jahr 2016 eine 19%ige Steigerung der Vorsprachen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Wie uns das vorangegangene Jahr gezeigt hat, sind aber schon vermeintlich hohe Zahlen durchaus noch steigerungsfähig – so stieg die Zahl der Kundenkontakte im Jahr 2017 auf 402.992 an und damit um weitere 9 % gegenüber dem Vorjahr. Der stetige Kundenstrom stellt eine tägliche Herausforderung für Wachschutz und Mitarbeitende dar. Aufgrund der wachsenden Stadt Berlin und des diesbezüglichen Anteils an Einwandernden ist auch in den nächsten Jahren mit einer Steigerung der Dienstleistungen der Ausländerbehörde in Höhe von ca. 10 % jährlich zu rechnen.

Samstagsarbeit und Titelerteilung insbesondere für Geflüchtete

Zu Beginn der ansteigenden Flüchtlingszahlen in Berlin sahen sich das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) und die Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor besondere Her-

ausforderungen gestellt. Mit entsprechender verfahrensbedingter Zeitverzögerung galt das im Anschluss für die Ausländerbehörde: Näher betrachtet lagen die Kundenkontakte wiederum höher als im Vorjahr und die Gesamtzahl der Titelerteilungen – mit Blick auf die Erteilung insbesondere humanitärer Aufenthaltstitel für Asylsuchende, vorwiegend aus dem arabischen Raum – erfuhr mit 146.961 eine weitere Steigerung. Darüber hinaus erreichte die Ausländerbehörde eine große Zahl von Identitätspapieren, deren Zuordnung im Jahr 2017 in die jeweiligen Akten und Datensätze ebenso umzusetzen war wie auch die Verarbeitung der auf dem (Dienst-) Postweg eingegangenen Formblattanträge im Rahmen des Asylverfahrens.

Dies stellte eine Aufgabe dar, die die Mitarbeitenden der Flüchtlings Sachgebiete der Ausländerbehörde weder allein noch während der üblichen Arbeitszeiten bewerkstelligen konnten. An acht Samstagen von Mitte Mai bis Anfang Juli 2017 leisteten daher jeweils zwischen 20 und knapp 50 Mitarbeitende aus allen Bereichen der Ausländerbehörde freiwillig Dienst, um die Kolleginnen und Kollegen der Flüchtlings Sachgebiete bei ihrer

schwierigen Aufgabe zu unterstützen. 2.662 Pakete mit Identitätsdokumenten (für Einzelpersonen, aber auch für Familien) wurden in diesen Sonderschichten eingescannt und in die elektronischen Ausländerakten eingepflegt, knapp 1.000 Formblattanträge und Akten Zugezogener bearbeitet sowie 46 geladene Kundinnen und Kunden bedient.

Weiter wachsende Beliebtheit des nun zweisprachigen Internetauftritts

Im März 2015 war der Internetauftritt der Ausländerbehörde grundlegend überarbeitet worden, um Qualität sowie Quantität des Informationsangebots zu erhöhen und dieses zugleich ansprechender und bürgernäher zu präsentieren.

Seitdem erfreut sich die Homepage unter berlin.de/lab0/willkommen-in-berlin stetig wachsender Beliebtheit. Im Geschäftsjahr 2017 konnte mit fast 2,5 Mio. Seitenaufrufen ein neuer Rekord verbucht werden. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2014 haben sich die Zugriffszahlen damit um mehr als 70 % erhöht.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Zugriffszahlen mit fast 20 % erneut beachtlich. Dass der Internetauftritt seit Mitte Juni 2017 nahezu komplett auch in englischer Sprache abrufbar ist, hatte daran einen großen Anteil.

Besonders stark nachgefragt waren in beiden Sprachversionen die Informationen zu den Dienstleistungen und die Online-Terminvereinbarung der Ausländerbehörde.

Business Immigration Service eröffnet im Ludwig-Erhard-Haus

Für Unternehmen und Fachkräfte aus dem außereuropäischen Ausland gibt es seit dem 03. Juli 2017 eine zentrale Anlaufstelle in Berlin: den Business Immigration Service (BIS) im Ludwig-Erhard-Haus. Hier werden ausländische Unternehmerinnen und Unternehmer, qualifizierte Fachkräfte und deren Familien schnell und unkompliziert bei allen aufent-

haltsrechtlichen Fragen – unter anderem zu Firmengründungen oder Arbeitserlaubnissen – unterstützt. So erhalten Unternehmen beispielsweise innerhalb von fünf Tagen Bescheid darüber, ob ihre Fachkräfte einen Aufenthaltstitel erhalten.

Darüber hinaus bietet der BIS einen Anmeldeservice in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf an. Folgende Dienstleistungen können die Kundinnen und Kunden des BIS im Rahmen des Anmeldeservices in Anspruch nehmen:

- An- und Abmeldungen,
- Umschreibung von Fahrerlaubnissen,
- Beantragung von Führungszeugnissen,
- Melde- und Haushaltsbescheinigungen sowie
- Auskünfte zur Steuer-ID.

Im Jahr 2017 nutzten mehr als 650 Unternehmen, Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen den Business Immigration Service regelmäßig. Rund 11.000 Anträge wurden bei der Ausländerbehörde eingereicht – und es werden jedes Jahr mehr: In den letzten zwei Jahren ist die Zahl der betreuten Unternehmen um rund 60 % gestiegen, die Zahl der Anträge nahm um etwa 40 % zu. Eine besonders gefragte Dienstleistung bei der Ausländerbehörde ist die Ausstellung der Blauen Karte EU für akademische Fachkräfte, die im letzten Jahr 935 Mal vergeben werden konnte.

Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin (IHK Berlin) unterstützt die Antragsverfahren der ausländischen Gründerinnen und Gründer durch die Überprüfung von Businessplänen. Allein im Jahr 2017 betreute die IHK Berlin über 500 Unternehmerinnen und Unternehmer und gab mehr als 150 fachkundige Stellungnahmen gegenüber der Ausländerbehörde ab, in denen sie interessante und vielversprechende Unternehmenskonzepte bewertete.

Berlin Partner unterstützt Investierende und Unternehmen dabei, zuziehende Fachkräfte auf schnellstem Wege in den Arbeitsmarkt zu integrieren. 2017 ist die Zahl der von Berlin Partner betreuten Unternehmen auf 230 angestiegen – das sind rund 110 % mehr Firmen als noch 2014. Weiterhin wurden 290 Anträge für Fach- bzw. Führungskräfte bearbeitet. Die meisten dieser Kräfte sind im IT-Sektor tätig und stammen aus Nordamerika (29 %), gefolgt von Asien (25 %) und Europa (19 %).

Im Rahmen der Eröffnung des Services im Ludwig-Erhard-Haus sagte Jan Eder, Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin: „Die Ansiedlung im Ludwig-Erhard-Haus sorgt für kurze Wege. Im Idealfall heißt das: 10:00 Uhr: Beratung durch die IHK, 11:00 Uhr: Termin bei der Ausländerbehörde, 12:00 Uhr: Weichen für eine Gründung in Berlin sind gestellt.“

Und auch Wirtschaftssenatorin Ramona Pop betonte bei der Eröffnung, der BIS sei „auch ein Modell für die in Berlin notwendige Verwaltungsreform“.

Der Business Immigration Service ist ein einzigartiger Zusammenschluss aller für internationale Talente relevanten Akteure aus Wirtschaft und Verwaltung, darunter das Landesamt für Bürger und Ordnungsangelegenheiten, die IHK Berlin, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie, die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf.

Ausbau des Beratungszentrums in der Ausländerbehörde

Das Angebot des in 2015 gegründeten Beratungszentrums im Dienstgebäude Friedrich-Krause-Ufer konnte auch in 2017 ausgeweitet werden.

Neben dem „Deutsch Arabischen Zentrum“, das seit Anfang 2017 wieder in die fremdsprachliche Beratung eingestiegen ist, wurde ein weiterer Partner – nämlich der „Verein für

iranische Flüchtlinge“ – gewonnen, welcher seit März 2017 in den Sprachen Farsi und Dari berät.

Seit Ende des Jahres bietet darüber hinaus der „Kurdistan Kultur- und Hilfsverein“ ebenfalls Beratung in kurdischer Sprache an. Somit sind 20 der insgesamt 22 Stunden Öffnungszeiten mit fremdsprachlicher und für die Kundinnen und Kunden unentgeltlicher Beratung abgedeckt, was sicher ein wesentlicher Grund für die Steigerung der Fallzahlen um ca. 40 % in 2017 war.

Die geplanten Hospitationen für die Mitarbeitenden der ebenfalls zum Beratungszentrum gehörenden Migrationsberatung der LIGA der Wohlfahrtsverbände konnten in 2017 abschließend durchgeführt werden.

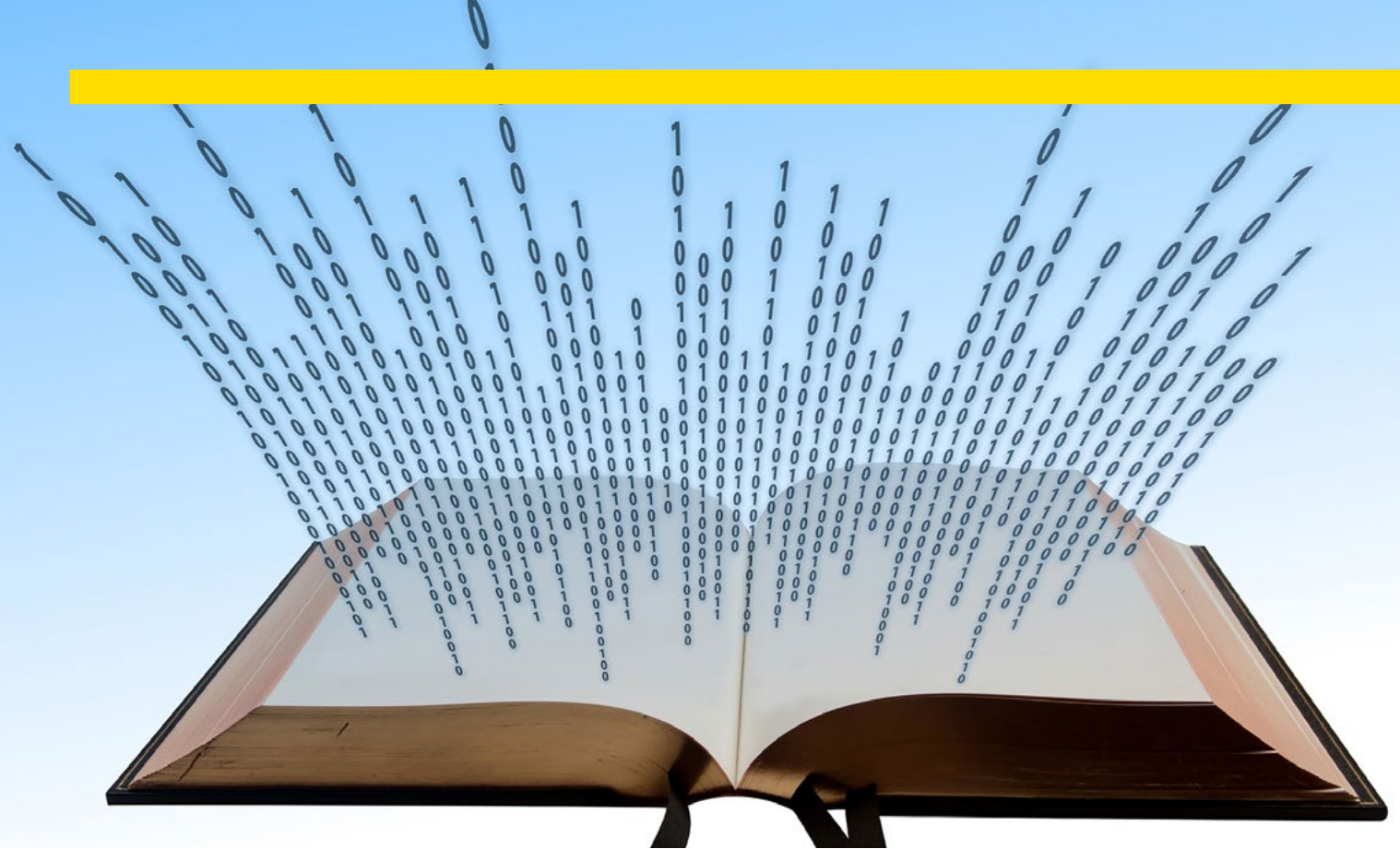
Eröffnung Haus D

Mit dem Ziel der Erweiterung der Raumkapazitäten und der Entzerrung der Wartesituation wurde auf dem Gelände der Ausländerbehörde ein einstöckiges Gebäude in Modulbauweise errichtet. Am 01. September 2017 zog das Regionalsachgebiet IV E 3, das den Aufenthalt israelischer und türkischer Staatsangehöriger regelt, in das neue Haus. Am 04. September 2017 wurde es für den Publikumsverkehr eröffnet. Täglich sprechen hier zwischen 150 und 180 Kundinnen und Kunden vor, die einen Aufenthalt in Berlin begehren.

In Haus D wurden 13 Büros für jeweils zwei Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, eine Teeküche, ein Besprechungsraum und natürlich entsprechende Sanitäreinrichtungen eingerichtet. Die Räume wurden einheitlich mit neuem Mobiliar ausgestattet.

Die verglasten Außenwände des Warteraumes mit 120 Sitzplätzen tragen zu einer Helligkeit und somit zu einer angenehmen Wartesituation für die Kundinnen und Kunden bei.





■ LABOweite Themen

Abteilung V – Zentrale Aufgaben – Koordination und Service

Das LABO-Beschäftigtenportal (OfficeNet – ON2) – Erfolgreich Wissen kommunizieren und transferieren

ON2 ist ein vom Bundesverwaltungsamt entwickeltes und von vielen Behörden langjährig erfolgreich genutztes Wissensmanagementsystem.

Im Geschäftsjahr 2017 hat das LABO mit den Vorarbeiten und Vorbereitungen zum Aufbau eines eigenen ON2-Beschäftigtenportals begonnen. Dazu gehörten die IT-infrastrukturellen Maßnahmen (in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Finanzen als Dienstverantwortliche und dem ITDZ Berlin) sowie die Planungen der LABO-spezifischen Informationsstrukturen.

die Aufgaben- bzw. Informationsstrukturen abgebildet werden. Die vielfältigen Personalisierungsfunktionen (Abonnieren von Themen, personalisierter Desktop, etc.) und die komfortable Suche von ON2 unterstützen die Beschäftigten – insbesondere auch die neuen Beschäftigten – bei der Informationsrecherche.

Erste Bausteine des umfangreichen Werkzeuges konnten prototypisch umgesetzt werden. Damit sind die Grundlagen für eine erfolgreiche Einführung im nächsten Geschäftsjahr gelegt.



ON2 soll die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LABO dabei unterstützen, ihr Wissen zu erhalten und zu transferieren. Hierfür können die Aufbauorganisation des LABO sowie

Der demografische Wandel – eine Herausforderung des Personalmanagements

Berlin ist eine wachsende Stadt mit steigenden Geburten- und Zuzugsraten. Gleichzeitig liegt das Durchschnittsalter bei etwa 42,8 Jahren. Dieses durchschnittliche Alter und der damit verbundene demografische Wandel machen sich auch in der Berliner Verwaltung bemerkbar. Daran werden weder die Geburtenraten noch die Zuwanderung langfristig etwas ändern. Damit ist Berlin mit zwei wesentlichen Herausforderungen konfrontiert: mit dem Älterwerden der Bevölkerung und der Internationalisierung.

Im Vergleich zum Jahr 2015 entwickelt sich die Stellenbesetzungs- und Einstellungsquote im LABO weiter nach oben – wenn auch nicht so rasant, wie es nötig wäre, um das wachsende Aufgabenvolumen zeitnah und qualitativ bearbeiten zu können.

Neben dem sich aus der erhöhten Zuwanderung ergebenden Stellenzuwachs in der Abteilung IV des LABO, der Ausländerbehörde, ist der durch den demografischen Wandel hervorgerufene Personalbedarf ein weiterer Grund für die Neubesetzung von Stellen im LABO. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreichen in den nächsten fünf Jahren die Regelaltersgrenze und gehen – nach vielen Jahren geleisteter Arbeit – in ihren wohlverdienten Ruhestand. Hinzu kommen diejenigen, die vor dem 65. Lebensjahr gegebenenfalls mit Abschlagen in den Ruhestand gehen sowie diejenigen, die das LABO in Richtung einer anderen Behörde verlassen.

Durch die Vielzahl von Weggängen entstehen personelle Lücken, die durch bleibende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr ausgeglichen werden können. Wer der Annahme ist, das Problem sei mit der Ausschreibung freierwerdender Stellen zu lösen, verkennt die damit zusammenhängenden Fragestellungen und

Herausforderungen, vor denen das LABO steht.

Zum einen wird es immer schwerer, geeignetes Personal mit den richtigen Qualifikationen zu finden. Dies liegt auch daran, dass die externen Bewerberinnen und Bewerber oft aus verwaltungsfremden Berufszweigen kommen und nur wenig bis gar keine Verwaltungskennnisse mitbringen. Sie müssen daher in der Verwaltungsakademie Berlin (VAK) und teilweise auch durch im LABO durchgeführte Inhouseschulungen fortgebildet werden. Zum anderen geht mit dem Weggang von langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel Wissen verloren. Um einen Wissenstransfer zwischen noch Tätigen und der oder dem Neueingestellten zu ermöglichen, werden seit 2013 vermehrt Stellendoppelbesetzungen bei der Senatsverwaltung für Finanzen beantragt und in den Abteilungen durchgeführt. Dies hat insbesondere den Vorteil, dass auch informelles, nicht dokumentiertes Wissen, das sich die Beschäftigten oft über Jahre hinweg angeeignet haben, auf die Neueingestellten übertragen werden kann.

Die aus den Herausforderungen des demografischen Wandels resultierenden Gestaltungserfordernisse werden im LABO bereits aktiv aufgegriffen. So sind in einem Wissensmanagementkonzept weiterhin die Ausbildung von Dialogbegleiterinnen und Dialogbegleitern, die Einstellung einer Wissensmanagerin bzw. eines Wissensmanagers sowie die Möglichkeit als Seniorexpertin bzw. -experte für das LABO tätig zu sein, aufgeführt. Dies wird in vielen Fällen schon praktiziert. Darüber hinaus ermöglicht die Fluktuationsprognose eine genaue Analyse darüber, zu welchem Zeitpunkt Personal (planmäßig) fehlen wird und was diesbezüglich getan werden kann, um die Lücken zu schließen oder nicht allzugroß werden zu lassen.

Die Frage, wie derzeitiges Personal langfristig gehalten werden und ein Weggang zu einem anderen Arbeitgeber innerhalb Berlins oder auch außerhalb des Landes Berlin verhindert werden kann, rückt aber immer mehr in den Fokus des Personalmanagements. In der heutigen Zeit sind Beschäftigte viel flexibler und haben schnell Interesse an anderen Aufgaben. Die Folge ist, dass sie sich wegbewerben. In diesem Zusammenhang stellt die Förderung und Unterstützung unserer Beschäftigten durch die Teilnahme an Aufstiegs- bzw. Verwaltungslehrgängen eine von vielen wichtigen Personalentwicklungsmaßnahmen dar. Das LABO versucht als Arbeitgeber attraktiver zu werden, indem die Arbeitsbedingungen den Bedürfnissen angepasst werden. Hier spielt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verschiedenste Teilzeitmodelle, die alternierende Telearbeit sowie das Wirken, das Verständnis und die Flexibilität der Führungskräfte eine herausgehobene Rolle. Um all diese Herausforderungen im Personalmanagement angehen zu können, braucht nicht zuletzt der Personalbereich zusätzliches eigenes Personal. Das bedeutet, dass die Dienstkrafteanmeldung einer jeden Haushaltsanmeldung immer wichtiger und zu einer besonderen Herausforderung wird.

Die Zahlen



6,88
214,21
88,70
65,90
31,20
802,90
86,15

82,98
327,92
358,65
4.499,86
1.193,03
466,69
155,70
3.034,00
-324,73
12.064,09

-146,50
1.152,41

45,56
45,56

61,93
61,93

422,03
422,03

272,34
272,34

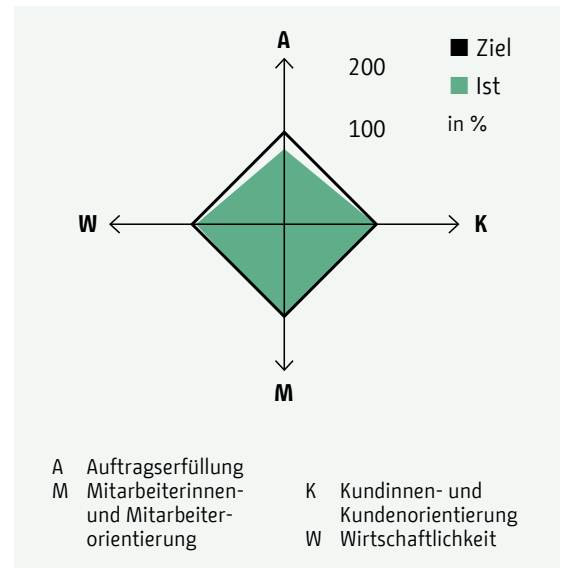


ABTEILUNG I — ENTSCHÄDIGUNGSBEHÖRDE

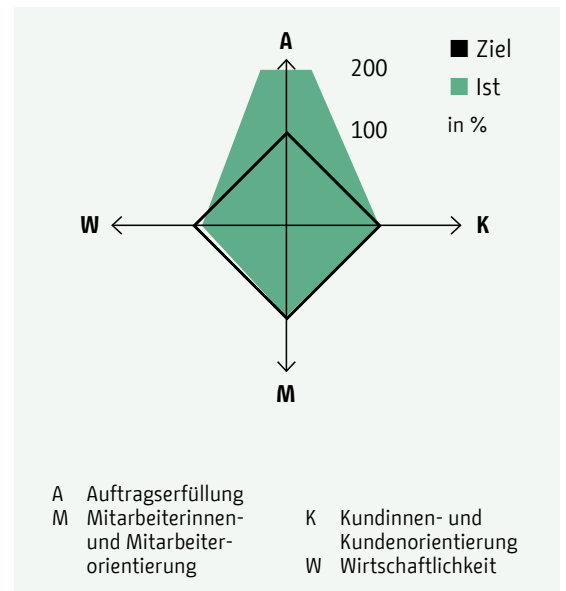
Kamerales Finanzvolumen in €	2015	2016	2017
Einnahmen gesamt (inkl. Transferleistungen des Bundes) in €	15.562.797	13.346.819	11.547.704
Ausgaben gesamt in €	34.430.899	31.276.410	29.887.588
Saldo in €	-18.868.102	-17.929.591	-18.339.884
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2015	2016	2017
Zahl der Rentenempfängerinnen und Rentenempfänger	2.987	2.704	2.443
Zahl der in Berlin gemeldeten Rentenempfängerinnen und Rentenempfänger (PrVG)	1.249	1.173	1.101
Zahl der im Bundesgebiet betreuten Rentenempfängerinnen und Rentenempfänger (BEG)	261	230	202
Zahl der im Ausland betreuten Rentenempfängerinnen und Rentenempfänger (BEG)	1.477	1.301	1.140
Zahl der Länder, in denen die betreuten Personen heute leben	32	31	31
Interne Grundzahlen der Abteilung	2015	2016	2017
Anzahl der Stellen	34,60	29,95	28,95
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	73	68	65
Zahl der Führungskräfte	5	5	5
davon Frauen	1	1	1
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	54	55	56
Anteil der Beschäftigten in %, bei denen ein Jahresgespräch durchgeführt und dokumentiert wurde	92,59	25,00	95,83
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	88,36	85,88	91,05

Zielerreichung

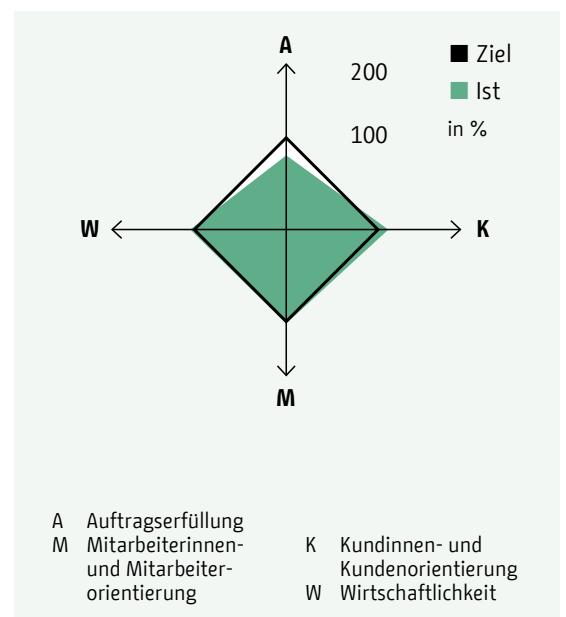
Rentenleistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG)		Ziel		Ist
A	Anteil der Überzahlungen an den Gesamtrentenzahlungen in %	≤	0,10	0,13
K	durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Verschlimmerungsanträgen ab Vorlage aller Bearbeitungsunterlagen in Tagen	≤	3,00	3,00
M	Gesundheitsquote in %	≥	90,00	91,05
W	Verwaltungskosten in €	≤	17,84	18,76



Rentenleistungen nach dem Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten (PrVG)		Ziel		Ist
A	Anteil der Überzahlungen an den Gesamtrentenzahlungen in %	≤	1,30	0,38
K	durchschnittliche Bearbeitungsdauer von der Antragstellung [nach PrVG] bis zur Bescheiderteilung ab Vorlage aller notwendigen Bearbeitungsunterlagen in Tagen	≤	3,00	3,00
M	Gesundheitsquote in %	≥	90,00	91,05
W	Verwaltungskosten in €	≤	35,52	39,54



Betreuung nach dem Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten (PrVG)		Ziel		Ist
A	Anteil der geprüften besonderen Einzelfälle an allen beantragten Kuren in %	≥	5,00	3,64
K	durchschnittliche Dauer vom Zeitpunkt der Antragstellung ab Vorlage aller notwendigen Bearbeitungsunterlagen bis zur Aushändigung des Kurpauschalvergleichs seit dem 01.01. in Tagen	≤	16,00	14,00
M	Gesundheitsquote in %	≥	90,00	91,05
W	Verwaltungskosten in €	≤	71,25	68,62





Wahlen

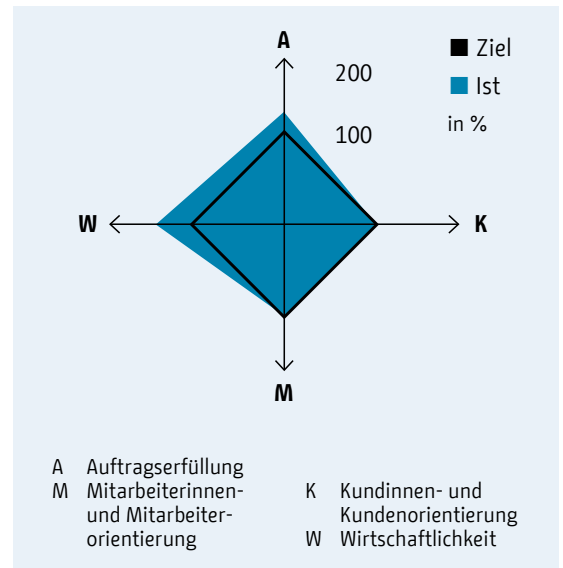
ABTEILUNG II — PERSONENSTANDS- UND EINWOHNERWESEN

Kamerales Finanzvolumen in €	2015	2016	2017
Einnahmen gesamt in €	3.449.698	4.360.924	5.637.429
Ausgaben gesamt in €	13.959.939	14.628.963	14.917.078
Saldo in €	-10.510.241	-10.268.039	-9.279.649
Ausgewählte demografische Grundzahlen	2015	2016	2017
Gemeldete Einwohner/innen mit Hauptwohnung	3.611.391	3.682.096	3.721.027
Gemeldete Einwohner/innen mit Nebenwohnung	104.681	104.678	100.675
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2015	2016	2017
Zahl der Datensätze im aktiven Bestand	4.598.120	7.857.817	8.033.078
Zahl der Datensätze im historischen Bestand	3.060.857	- *	-
Menge der manuellen und automatischen Auskünfte zu Einwohner/innen	28.097.532	35.577.714	40.363.634
Menge der Verpflichtungserklärungen	28.288	28.444	28.685
Interne Grundzahlen der Abteilung	2015	2016	2017
Anzahl der Stellen	169,65	162,01	160,01
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	73	75	76
Zahl der Führungskräfte	18	15	14
davon Frauen	8	8	9
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	53	52	51
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	80,95	24,72	52,10
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	85,30	86,90	87,33

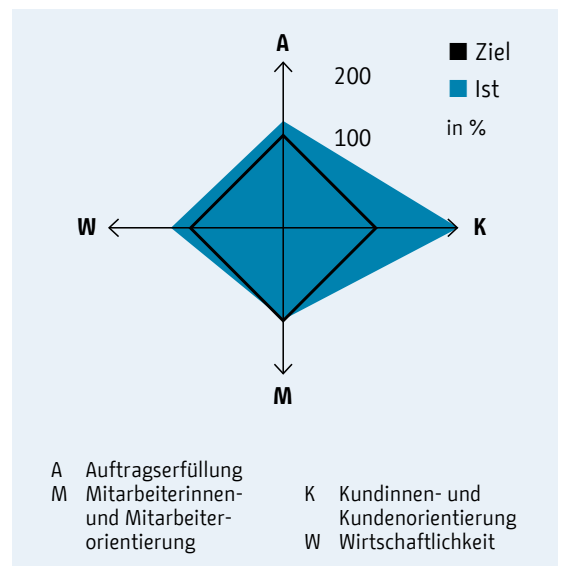
*Ab 2016 (Migration VOIS) keine Unterscheidung zwischen aktivem und historischen Bestand möglich.

Zielerreichung

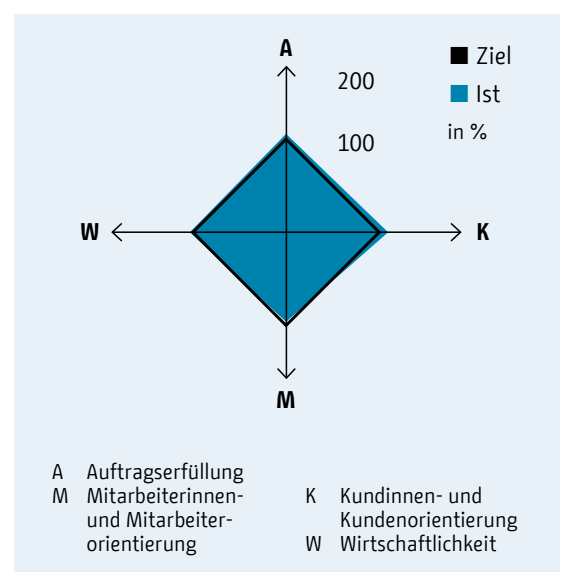
Manuelle Privatauskünfte			Ziel	Ist
A	Menge	≥	26.269	31.546
K	Durchschnittliche Durchlaufzeit vom Eingang der Anfrage bis zum Ausgang der Auskunftserteilung (in Arbeitstagen) im Quartal (Privatanfrage) Durchschnittswert im Quartal	≤	12,00	11,85
M	Gesundheitsquote in %	≥	90,00	87,33
W	Verwaltungskosten pro Stück in €	≤	31,61	21,82



Behördenanfragen			Ziel	Ist
A	Menge	≥	33.987.514	39.670.237
K	Durchschnittliche Durchlaufzeit vom Eingang der Anfrage bis zum Ausgang der Auskunftserteilung (in Arbeitstagen) im Quartal (Privatanfrage) Durchschnittswert im Quartal	≤	20,00	7,62
M	Gesundheitsquote in %	≥	90,00	87,33
W	Verwaltungskosten pro Stück in €	≤	0,06	0,05



Zentrale Aufgaben			Ziel	Ist
A	Das Pass-, Ausweis- und Melderegister sowie das Personenstandsregister stehen den Anwenderinnen und Anwendern, bezogen auf die Werkzeuge im Land Berlin, zur Verfügung in %.	≥	95,00	99,65
K	Die verantworteten IT-Verfahren stehen den Anwenderinnen und Anwendern, bezogen auf die Werkzeuge im Land Berlin, zur Verfügung in %.	≥	90,00	99,86
M	Gesundheitsquote in %	≥	90,00	87,33
W	Stückkosten pro Berliner Einwohner in €	≤	0,63	0,62



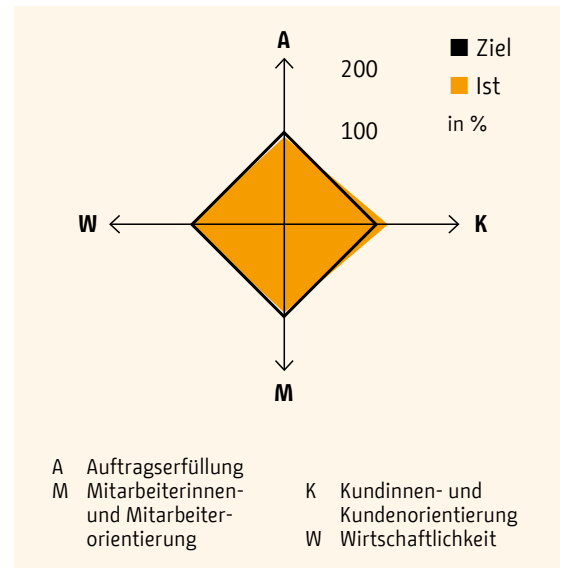


ABTEILUNG III – KRAFTFAHRZEUGWESEN

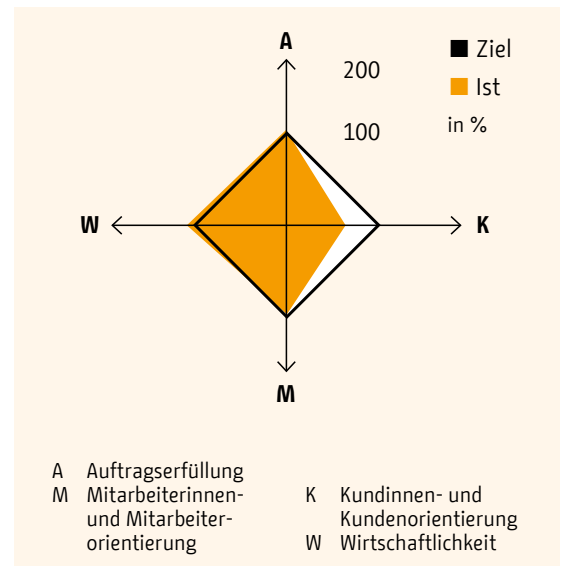
Kamerales Finanzvolumen in €	2015	2016	2017
Einnahmen gesamt in €	24.965.689	25.685.461	25.813.455
Ausgaben gesamt in €	22.848.625	24.033.211	32.702.807
Saldo in €	2.117.064	1.652.249	-6.889.353
Ausgewählte demografische Grundzahlen	2015	2016	2017
Zugelassene Kraftfahrzeuge	1.468.678	1.493.236	1.505.992
Zahl der Fahrerlaubnisinhaberinnen und -inhaber	2.578.488	2.663.414	2.705.775
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2015	2016	2017
Anzahl der vergebenen Wunschkennzeichen – online	126.335	131.893	133.774
Vorgangszahlen Feinstaubplaketten – online	5.256	5.277	7.931
Vorgangszahlen Halterauskünfte – online	5.962	5.874	6.932
Zahl der Ordnungsverfahren insgesamt	109.440	111.417	114.337
Zahl der Konzessionen im Gelegenheits- und Linienverkehr	12.067	12.433	12.180
Zahl der Taxi-Konzessionen	7.907	8.313	8.010
Anzahl der Fahrerlaubnis- und Führerscheinanträge – online	222	2.299	12.478
Interne Grundzahlen der Abteilung	2015	2016	2017
Anzahl der Stellen	392,68	372,81	370,81
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	77	77	77
Zahl der Führungskräfte	21	22	20
davon Frauen	11	12	12
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	49	48	48
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung (LuV-intern und -extern) teilgenommen haben	89,06	20,16	25,25
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	86,79	86,48	86,78

Zielerreichung

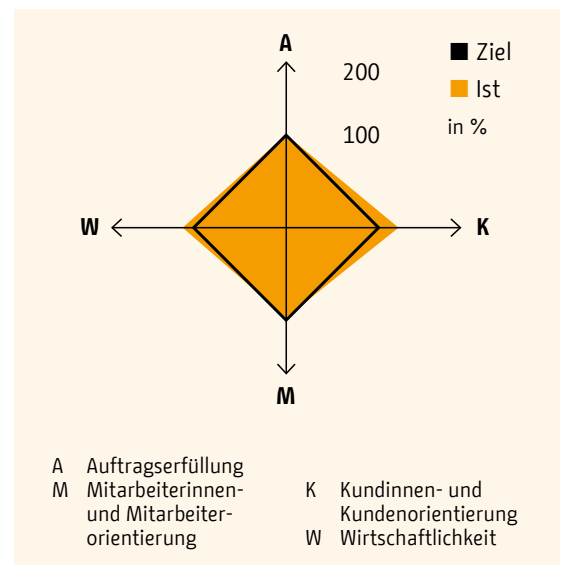
Fahrzeugzulassung		Ziel		Ist
A	Bearbeitete Menge im Produkt Fahrzeugzulassung seit 01.01.	≥	751.238	712.607
K	Anteil der Wunschkennzeichen an Zulassungen (Neuzulassungen, Umschreibungen, Zulassung Gebrauchtfahrzeuge, Umkennzeichnung) in %	≥	60,00	69,31
M	Gesundheitsquote in %	≥	90,00	86,78
W	Erträge in €	≥	16.875.929	16.690.919



Überwachung der Halterpflichten		Ziel		Ist
A	Anteil der im Klageverfahren bestätigten Entscheidungen des LABO seit 01.01. in %	≥	95,00	99,00
K	Anteil der Mängelvorgänge, die seit sechs Monaten nicht abgeschlossen werden konnten, an allen Mängelvorgängen zum Stichtag in %	≤	20	32
M	Gesundheitsquote in %	≥	90,00	86,78
W	Kostendeckung in %	≥	51,99	56,23



Fahrerlaubnisse/Führerscheine (als Produktgruppe)		Ziel		Ist
A	Anteil der im vorläufigen Rechtschutzverfahren bestätigten Entscheidungen des LABO seit 01.01. in %	≥	95	94,19
K	Maximale durchschnittliche Bearbeitungszeit bei Anträgen auf erstmalige Erteilung der Fahrerlaubnis (ohne Berufskraftfahrerlaubnis) zum Quartalsende in Kalendertagen	≤	15	12,25
M	Gesundheitsquote in %	≥	90,00	86,78
W	Vollkosten pro Stück in €	≤	38,76	33,60





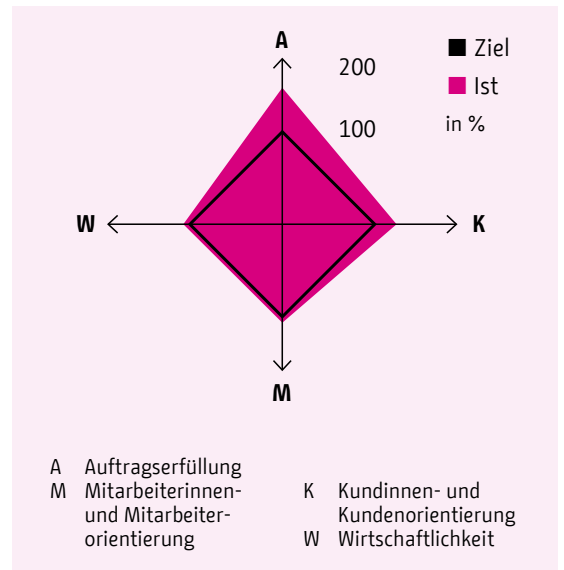
ABTEILUNG IV — AUSLÄNDERBEHÖRDE

Kamerales Finanzvolumen in €	2015	2016	2017
Einnahmen gesamt in €	3.011.086	3.862.514	4.488.115
Ausgaben gesamt in €	20.203.363	24.989.913	28.838.788
Saldo in €	-17.192.277	-21.127.400	-24.350.674
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2015	2016	2017
Zahl der Kundenkontakte	310.777	371.286	402.992
Zahl der abgegebenen Stellungnahmen im VISA-Verfahren	9.267	8.692	9.107
Zahl der Asylsuchenden zum Stichtag 31.12.	22.168	34.417	16.968
Zahl der Ausreisepflichtigen zum Stichtag 31.12.	9.465	10.512	11.754
Zahl der erteilten Titel und sonstiger Bescheinigungen	117.755	122.936	146.961
Zahl der Abschiebungen	806	2.028	1.638
Zahl der erfassten unerlaubt eingereisten Ausländerinnen und Ausländer	1.844	2.473	1.632
Interne Grundzahlen der Abteilung	2015	2016	2017
Anzahl der Stellen	297,98	429,87	429,87
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	75	71	70
Zahl der Führungskräfte	18	27	27
davon Frauen	11	18	18
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	41	41	41
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	96	44*	87*
Durchschnittliche Gesundheitsquote in %	89,86	90,06	90,03

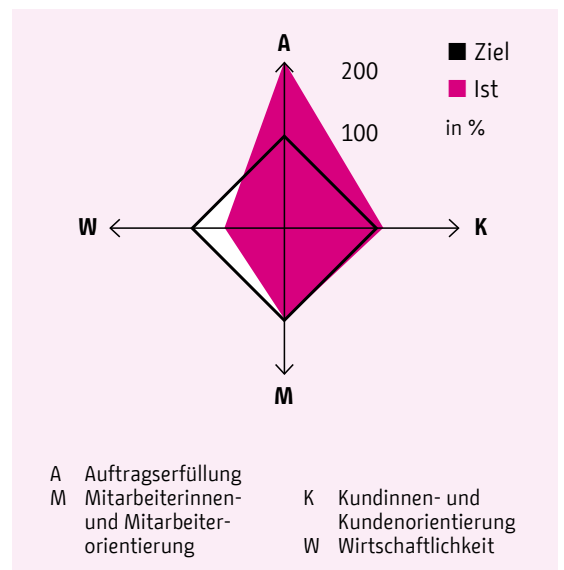
*Zusätzlich wurden 100 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Wissensvermittlung im Dialogaustausch weitergebildet.

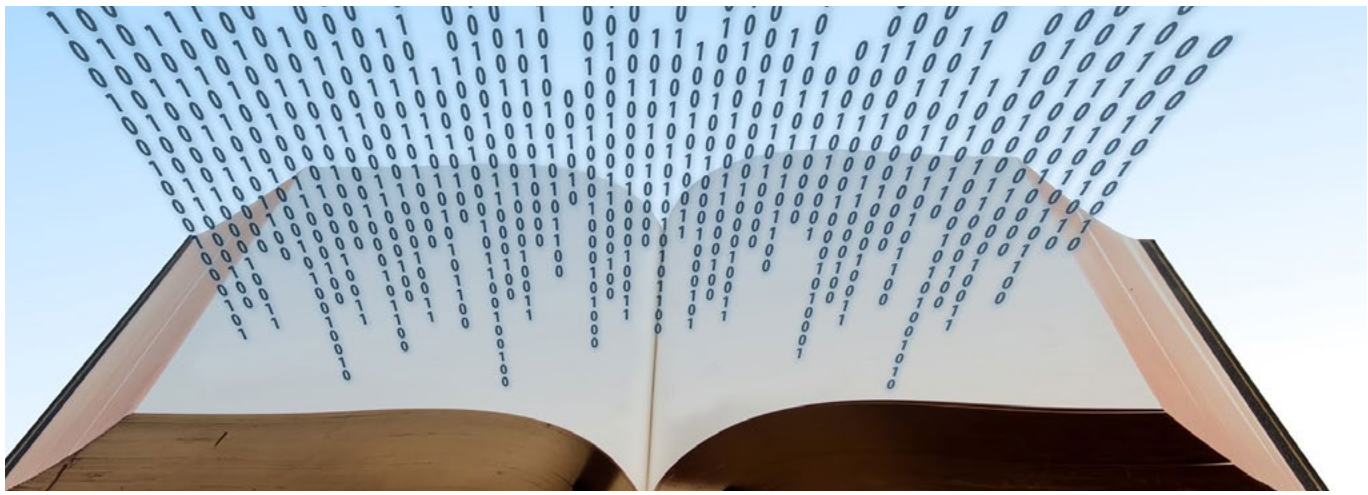
Zielerreichung

Geregelter Aufenthalt der Ausländerinnen und Ausländer, die sich zur Erwerbstätigkeit, zur Ausbildung, aus humanitären, politischen oder familiären Gründen in Berlin aufhalten		Ziel		Ist
A	Anteil der Fiktionsbescheinigungen an allen ausgestellten Fiktionsbescheinigungen und Titeln in % seit 01.01.	≤	20,00	12,53
K	Anteil der Termine und Vorladungen an allen Behördenvorsprachen in den Sachgebieten IV Z 2 - 7 seit dem 01.01. in %	≥	40,00	53,23
M	Gesundheitsquote in %	≥	90,00	90,03
W	Kostendeckungsgrad für alle Produkte des operativen Ziels in %	≥	12,42	13,53



Beendigung unrechtmäßigen Aufenthalts		Ziel		Ist
A	Anzahl der Rückführungen u. kontrolliert freiwilligen Ausreisen bei IV R	≥	1000	2.045,00
K	Anteil der Direktabschiebungen ohne Haftbeschluss an allen Abschiebungen seit dem 01.01. in %	≥	80,00	87,18
M	Gesundheitsquote in %	≥	90,00	90,03
W	Kostendeckungsgrad in %	≥	2,37	1,42





ABTEILUNG V — ZENTRALE AUFGABEN UND INTERNE PRODUKTE

Kamerales Finanzvolumen in €	2015	2016	2017
Einnahmen gesamt in €	28.482	39.276	11.773
Ausgaben gesamt in €	7.949.127	8.420.206	8.700.405
Saldo in €	-7.920.645	-8.380.930	-8.688.632
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum*	2015	2016	2017
Zahl der betreuten PCs (incl. Schulungs- und Admin-APC)	1.338	1.441	1.545
davon eigenbetreut	958	945	955
Zahl der betreuten Arbeitsplätze	1.130	1.217	1.266
Zahl der betreuten Beschäftigten	1.068	1.133	1.148
Zahl der in der Abteilung bearbeiteten Rechnungen des ITDZ Berlin	825	790	857
Zahl der bearbeiteten internen Aufträge im Querschnittspektrum	3.736	4.813	4.336
Zahl der durch die Abteilung beseitigten Störungen (Vorfälle) im Querschnittspektrum	1.782	2.552	1.456
Interne Grundzahlen der Abteilung	2015	2016	2017
Anzahl der Stellen	81,00	80,00	83,00
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	70	69	70
Zahl der Führungskräfte	8	8	8
davon Frauen	6	6	5
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	50	50	49
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	50,63	29,76	74,19
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	88,59	88,25	93,00

*als durchschnittlicher Wert pro Monat

LABO gesamt

Haushalt	2015	2016	2017
Einnahmen gesamt in €	47.017.752	47.294.994	47.498.476
Ausgaben gesamt in €	99.391.954	103.348.704	115.046.666
Saldo in €	-52.374.201	-56.053.710	-67.548.190
Kosten	2015	2016	2017
Personalkosten in €	36.712.876	38.872.021	40.049.343
Sachkosten in €	3.803.823	3.467.255	4.698.678
Transferkosten in €	1.940.941	1.866.588	1.656.065
Verrechnungskosten in €	6.716.678	6.697.304	7.507.113
kalkulatorische Kosten in €	6.494.636	5.724.670	5.565.679
Gemeinkosten in €	26.785.017	33.944.869	34.001.916
Transfers in €	31.514.196	28.482.228	27.303.302
Gesamtkosten in €	113.968.167	119.054.934	120.870.777
Erträge in €	46.841.870	47.187.654	47.494.399
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	2015	2016	2017
Anzahl der Stellen	953,89	1.097,39	1092,39
Zahl der aktiv Beschäftigten	964	1.049	1.071
Zahl der weiblichen Beschäftigten	743	770	785
Zahl der Teilzeitbeschäftigten	179	170	180
Zahl der schwerbehinderten Menschen	122	113	109
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	48	46	46
Durchschnittliche Gesundheitsquote in %	87,82	88,03	88,51
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	85,21	30,55	58,93



be  **Berlin**

HERAUSGEBER

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Der Direktor
Friedrichstraße 219
10958 Berlin
www.berlin.de/labob
Tel. +49 (0) 30 90269-0

KONZEPT, GESTALTUNG, DRUCK

Lücken-Design
www.luecken-design.de

AUFLAGE: 200 Stück

BILDNACHWEIS

© Depositphotos (Deckblatt)
© Pixabay (Seiten 7, 10, 14, 17, 18, 21, 22, 28, 30, 32, 34)
© LABO (Seiten 8, 9, 26)
© Bundesverwaltungsamt (Seite 22)

Stand: August 2018

Inhalt auf 100 % Recyclingpapier